



Axel Schäfer (Bochum)
Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender in der
Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Vorsitzender der Deutsch-Italienischen Parlamentariergruppe

Axel Schäfer MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Parlamentsbüro
Platz der Republik 1
Otto-Wels-Haus
11011 Berlin
Tel.: 030 227-77 477

Wahlkreisbüro
Alte Hattinger Straße 19
Fritz-Husemann-Haus
44789 Bochum
Metropole Ruhr
Tel.: 0234 68746-0

@ axel.schaefer@bundestag.de
f www.axelschaefermdb.de
www.facebook.com/axel.schaefer.bochum

Berlin/Bochum, 09. Januar 2024

„Auf der Schussfahrt zu wenden.“

Mein Bochumer Landsmann Herbert Grönemeyer hat in seinem bekannten Lied DER WEG gesungen: „Wir haben versucht, auf der Schussfahrt zu wenden. Nichts war zu spät.“ Ja, das wird auch die Aufgabe in der Ampelkoalition 2024 sein, weil es abwärts geht: Die SPD, die Regierung und die Demokratie insgesamt stehen unter enormen Druck.

- 11 % minus - so viel sind bei Umfragen die aktuellen Ergebnisse für die SPD, 14% bis 15% zu 25,9% bei der Bundestagswahl 2021.
- 11 % minus - so viel waren wir in den vier Jahren zwischen der Bundestagswahl 2005 und 2009 beim Stimmergebnis zurückgefallen: von 34,2 auf 23,0%

Geschichte wiederholt sich nicht, aber es sind mehr als Zahlen und Zeichen an der Wand.

1. Welt-Krise: neue und alte Herausforderungen

Ende 2023 tauchte ein neuer Begriff in öffentlichen Debatten auf „Welt-Krise“. Professor Heinrich August Winkler, ein Doyen der Geschichtswissenschaft und lebenslanger Sozialdemokrat, hat dies in einem Interview mit dem Handelsblatt am 17.12.2023 ausgeführt. Tatsächlich ist die globale Verwobenheit multipler Krise in Art und Umfang historisch einmalig – ein Weltkrieg als mögliche Konsequenz nicht mehr völlig auszuschließen.

- Der Klimawandel mit 2023 als wärmsten Jahr seit der Erhebung mit meteorologischer Daten 1881 ist Realität,
- Über 20 regionale Kriege, dazu neu: Ukraine 2022, Gaza/Israel 2023 und China-Taiwan 2026?
- Die Neuformierung von fünf Machtblöcken (USA, China, Russland, Indien, EU) mit supranationalen Bündnissen und Verbindungen NATO und BRICS+
- Eine industrielle Revolution mit Digitalisierung, künstlicher Intelligenz und neuen Lieferketten als zentrale Bestandteile – alles und alle beschleunigend.
- Die größte Fluchtbewegung aller Zeiten mit über 110 Millionen Menschen hat das öffentliche Bewusstsein in unserem Land klar nach Rechts verändert.
- Substantielle Gefährdung der Demokratie, wie wir sie seit 1930 bzw. 1945 nicht erlebt haben, durch autokratische Wandlungen konservativer Parteien (USA, Ungarn, Türkei).

2024 finden weltweit für so viele Menschen demokratische Wahlen statt wie nie zuvor: der indische Kongress, der US-Amerikanische Präsident, das Europäische Parlament sowie eine Reihe weiterer Länder mit ca. 1,7 Mrd. Wahlberechtigten. Wo stehen wir am Jahresende?

Alte Fragen werden angesichts neuer Formen militärischer Auseinandersetzungen wieder aktuell. Dazu gehört eine „kriegstüchtige Bundeswehr“ – der Begriff „friedensmächtig“ wäre mir lieber. Selbst die Verfügbarkeit europäischer Atomwaffen – unter Einbeziehung Deutschlands – wird diskutiert (Joschka Fischer, Joachim Gauck). Ja, es gibt verwirrende historische Vergleiche: 1957 waren 83 % bei Umfragen der Meinung, Deutschland solle keine atomare Bewaffnung der Bundeswehr anstreben, aber dann wählten 50,2% die CDU/CSU mit Konrad Adenauer und Franz-Josef Strauß, die eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr wollten! Und jetzt?



Axel Schäfer (Bochum)

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender in der
Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Vorsitzender der Deutsch-Italienischen Parlamentariergruppe

Seite 2 von 4

2. „Von links oben nach rechts unten“

Jetzt steht der Zufriedenheit mit dem eigenen Leben (55 %) eine kaum fassbare Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik gegenüber (79%). Die Lage im Land war 2023 aufregend ruhig und droht nun zu kippen. GdL-Streiks, Bauernproteste, „Umsturzfantasien“ gegen die Regierung könnten zu einer gefährlichen Mischung werden.

Sprechen wir es ehrlich aus: Für die aktuelle Situation sind

- wesentlich die eigenen Fehler im Regierungshandeln und die offenen täglichen Streitigkeiten in der Ampel, verbunden mit Infragestellen von Kompromissen, die man gerade unter drei Partnern noch eingegangen war. Seit der misslungenen Abstimmung zur Impfpflicht wurde Grünen und FDP klar, dass die SPD über keine Eskalationsdominanz verfügt. Das folgenlose Scheitern dieses Projektes macht deutlich, dass es selbst für solche gravierenden Abweichungen in der Koalition keine Konsequenzen gibt.
- Dazu kommt die defensive, teilweise falsche Kommunikation unsererseits. Wir haben nicht einmal versucht, dieser Koalition das Branding „fleißigste Regierung in den schwersten aller Zeiten“ medial zu verpassen! Bei allem, was seit 2021 gelungen ist, gäbe es dafür viele gute Argumente.
- Auch deshalb konnte die ständige Wiederholung des ewig gleichen „schlechteste Regierung aller Zeiten“ durch CSU/CDU plus AfD und Sahra Wagenknecht bei vielen Menschen verfangen.
- Schließlich eine schleichende Radikalisierung der Mitte. In Thüringen wählten CDU und FDP zusammen mit der AfD einen Regierungschef. Und in Erfurt bringen diese drei Parteien wiederholt gesetzgebende Mehrheiten zustande. In den östlichen Bundesländern droht die AfD in diesem Jahr stärkste Partei bei den Landtagswahlen zu werden. Die Frage ist: Brandmauer oder Brandner?

Dazu müssen wir die Wahlergebnisse seit der Wiedervereinigung näher beleuchten: 1990 lag der Durchschnitt auf Länderebene bei 37,3%, heute sind es 23,2%. In elf von 16 Bundesländern sind wir auf einem historischen Tiefststand seit der Wiedervereinigung bzw. seit 1946 angekommen. Besonders auffällig ist die Bandbreite zwischen 38% **minus** in Schleswig-Holstein und 12% **plus** im danebenliegenden Mecklenburg-Vorpommern. Das sind mehr als 50% – eine bis dato unvorstellbare Zahl an auseinanderstrebender Entwicklung. Auf Bundesebene hatten wir 2017 mit 20% halb so viel wie zu Zeiten von Gerhard Schröder, bei der Europawahl mit 15,8% gar das niedrigste gesamtstaatliche Ergebnis seit 1891. Das bedeutet auch: es geht heute um die Existenz der SPD als Mitglieder-Partei und als mehrheitsfähige und mehrheitswillige Kraft in unserem Land. Vor einer solchen Situation haben wir noch nie gestanden.

Zugleich ist die Maßlosigkeit dessen, was wir zurzeit erleben, besorgniserregend: die BILD-Zeitung listet „50 Gründe für Neuwahlen auf“, die Bams schreibt von einer „Woche der Wut“, in einer Kampagne, die als Jung-68er an Hetze der Springerpresse vor Jahrzehnten erinnert. Wir werden uns den sich steigernden Tiraden der Unionsparteien offensiv stellen müssen, die zur Europawahl am 9. Juni 2024 vorgezogene Neuwahlen anstreben.

Es gilt, klaren Kopf zu behalten: Neuwahlen können weder die BILD-Zeitung herbei schreiben, noch Wutbürger herbei schreien. Olaf Scholz hat eine sichere Mehrheit im Parlament, und alle Abstimmungen wurden gewonnen.



Axel Schäfer (Bochum)

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender in der
Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Vorsitzender der Deutsch-Italienischen Parlamentariergruppe

Seite 3 von 4

Die Gründe der aktuellen Missstimmung liegen auch daran, dass Menschen sich überfordert bis erschöpft von der Zusammenballung wachsender Krisen fühlen. Besonders durch die Auswirkungen von enormen Preissteigerungen auf das Alltagsleben. Wir konnten in der Politik viele Veränderungen nicht so schnell aufnehmen, wie wir mit ihnen konfrontiert waren.

Entscheidend dafür ist sicher die Kommunikation. Konkret sind es die Ergebnisse und Möglichkeiten von Digitalisierung mit hyper-lokalen Facebookgruppen, welche zu einem Empörungs- und Mobilisierungspool für rechte Parteien geworden sind. Aus diesen Debattenräumen und Filterblasen hat sich die aktive SPD fast völlig zurückgezogen. Die Wandlung der digitalen Öffentlichkeit lässt z.B. etablierte und seriöse Debattenräume wie Twitter sterben. Stattdessen verlagern sie sich zu TikTok, was große Gefahren beinhaltet zu, eine „Rabbit hole“ zu werden und durch Algorithmen noch mehr Unzufriedenheit zu schüren.

3. Europa ist das Letzte vom Ersten

Die 10. Direktwahl des Europäischen Parlaments am 9. Juni dieses Jahres könnte eine historische Zäsur werden. Mitten im amerikanischen Präsidentschaftsvorwahlkampf und den Wahlen in Indien entscheidet sich zu einem großen Teil die politische Zukunft der EU.

Was ist unser Ausgangspunkt? Bisher gibt es im EP eine Kooperation zwischen Sozialdemokraten, Liberalen, Grünen und der Mehrheit von Christdemokraten plus teilweise linken Parteien. In wichtigen Ländern wie Frankreich, Italien und Spanien, zuvor schon Ungarn und Polen, jetzt auch Deutschland, haben rechts-nationale bis rechts-extreme Kräfte bei Wahlen zwischen 20% und 40% errungen. Würden diese Parteien im EP eine Fraktion bilden, so könnte sie im schlechtesten Fall stärkste Kraft werden. Die EVP blinkt nach rechts, ihr Frontmann Manfred Weber (CSU) sucht nach neuen Mehrheiten.

Wir starten den Europawahlkampf unter schlechtesten Voraussetzungen, die wir je hatten:

- Es gibt noch 14 MdEPs und zehn chancenreiche Kandidatinnen und Kandidaten.
- Wir haben uns im Bund selbst aller personellen Möglichkeiten beraubt: Kein SPD-Zugriffsrecht für das deutsche Kommissionsmitglied, weder ein Europastaatsminister im AA noch den EU-Ausschussvorsitz.
- In Europaresorts von vier Bundesländern haben wir SPD-Politikerinnen verloren – nicht durch Wahlen, sondern weil wir EU-Zuständigkeiten freiwillig abgegeben haben.
- Keine SPD-MdEPs in sechs Bundesländern. Man kann hunderte von Kilometern durch Deutschland fahren, ohne mit sozialdemokratischer Europapolitik (auch nicht durch Büros) in Kontakt zu bekommen - das ist entsetzlich.
- Weder in der Partei- noch in der Fraktions-Führung sind seit 2018 ernsthafte Anstrengungen unternommen worden, europäische Politik in den Alltag der Arbeit einzubeziehen. In der Bundestagsfraktion findet außerhalb der AG Europa an großen europäischen Themen wenig statt.
- Beim letzten Bundesparteitag ist die Beratung der Europapolitik auf dem Tiefpunkt der Bedeutung angekommen: Ganz am Ende der Tagesordnung und dann verschoben.



Axel Schäfer (Bochum)

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender in der
Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Vorsitzender der Deutsch-Italienischen Parlamentariergruppe

Seite 4 von 4

4. „Und weil wir dies Land verbessern...“

... lieben und beschirmen wirs. Und das Liebste mags uns scheinen, so wie anderen Völkern ihrs.“ Bertolts Brechts „Kinderhymne“ ist auch nach 75 Jahren noch aktuell. Also tun wir was:

- Olaf Scholz hat als deutscher Bundeskanzler in so kurzer Zeit europapolitisch mehr bewegt als je ein Regierungschef vor ihm! Das auszusprechen und ständig zu wiederholen, wird eine Hauptaufgabe sein - auch um dieses mediale „schlecht reden“ weg zu bekommen. Dazu muss man wissen, was sozialdemokratische Europapolitik mit unserem Kanzler konkret geleistet hat. Angefangen bei der globalen Mindeststeuer, die GEAS-Reform, grundlegende Reden zur Zukunft der EU, Stärkung des Europarates, das besonnene Vorgehen bei den Vertragsreformen, Beitrittsperspektive des Westbalkans, bis zur Entscheidung auf dem EU-Gipfel zugunsten der Ukraine. Olaf Scholz hat sich in einer historischen Situation als „Last Man Standing“ bewährt.
- Der Europawahlkampf ist vor allem Sache des Bundeskanzlers und von uns 207 MdBs - in jeder Stadt, in jedem Kreis, überall sichtbar bei Veranstaltungen und der Kanzler mit Katarina Barley plakatiert. Das ist so 1979 mit dem Spitzenkandidat Willy Brandt und Kanzler Helmut Schmidt gelungen.
- Die sehr guten Beschlüsse des Bundesparteitages vom Dezember 2023 müssen Schritt für Schritt in die Debatte eingeführt und wo immer möglich in praktischem Handeln umgesetzt werden. Lasst uns den inhaltlichen Rückenwind aus Berlin für Berlin, das gesamte Land und Europa nutzen.
- Wir müssen unsere Stärken bündeln. Dazu gehört das Herausstellen unserer erfolgreichen sieben Länder-Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten auf Bundesebene. Sie haben gezeigt, wie man Wahlen gewinnen, im Amt bestätigt oder die Regierungsspitze neu erringen kann.
- Es gibt auch ein psychologisches Momentum: 15,8 % war das Wahlergebnis zum EP für die SPD 2019. Das müsste doch wohl möglich sein, am Wahlabend mit einem Plus dazu stehen, am besten mit einem möglichst großen. Die Herausforderung ist zu bewältigen.
- Machen wir die teilweise zu wiederholende Bundestagswahl in Berlin am 11. Februar jetzt auch zu unserem Wahlkampf als MdBs. Mit Beteiligung an Infoständen, Hausbesuchen, Tür-zu-Tür, etc.
- Starten wir eine Kampagne: „Rettet die Republik – Stoppt Rechts“ mit Kulturschaffenden, Wissenschaftlern, Gewerkschaftern so wie es 1980 mit „Stoppt Strauß“ gelang.

Zeigen wir Perspektiven auf: seit der Wiedergründung hat die SPD sich etwa alle 15 Jahre programmatisch neu aufgestellt. Vom Buchenwalder Manifest 1945 zum Godesberger Programm 1959, über den Orientierungsrahmen 1975 zur deutschen Einheit mit dem Berliner Programm 1989 bzw. dem Gründungsdokument der SDP 1990 schließlich bis zum aktuellen Hamburger Programm 2007. Seither sind 17 Jahre vergangen. Es ist an der Zeit, das sozialdemokratische Potential an Menschen und Ideen in der Partei und weit darüber hinaus zu mobilisieren!

Auf der Schussfahrt zu wenden, ist ein Bild aus dem alpinen Sport. Dort muss man die Skier kanten, um die Richtung zu ändern. Klare Kante ist nötig, um uns dem Abwärtstrend entgegen zu stellen. Schlussendlich kann man auf der Piste nur wenden, wenn man den Berg wieder mühsam hinauf kraxelt – oder den Sessellift nimmt. In der Politik gibt es aber keinen Sessellift zur Macht. Wir werden viele Schritte nach oben gehen müssen - oft anstrengend aber immer hoffnungsvoll, ins Gelingen verliebt.